Abgeordnetenhaus BERLIN

19. Wahlperiode

Plenar- und Ausschussdienst

Beschlussprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Verfassungs- und Rechtsangelegenheiten, Geschäftsordnung, Antidiskriminierung

3. Sitzung
23. Februar 2022

Beginn: 14.01 Uhr
Schluss: 16.57 Uhr
Vorsitz: Herr Abg. Sven Rissmann (CDU)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Der Senat wird durch Frau Senatorin Prof. Dr. Kreck (SenJustVA) und Frau Staatssekretärin Dr. Brückner (SenJustVA) repräsentiert.

Im Hinblick auf die aktuelle Corona bedingte Situation weist der Vorsitzende auf Folgendes hin:

- Die Sitzung werde in einen anderen Raum im Abgeordnetenhaus, wo sich die Medienvertreter/innen eingefunden haben, und überdies live auf der Homepage des Abgeordnetenhauses als Stream übertragen.

- Das pandemiebedingte Raumkonzept lege fest, dass nach zwei Stunden eine 15-minütige Lüftungspause einzulegen sei.

- Übergeordnet habe der Ältestenrat in seiner Sitzung am 26. Januar 2022 eine fraktionsübergreifende Pairing Vereinbarung getroffen. Demnach nehmen statt der 20 Mitglieder (18 ordentliche und 2 beratende Mitglieder) nur 11 ordentliche, d. h. stimmberechtigte, Mitglieder des Ausschusses an der Sitzung vor Ort teil. Einige Ausschussmitglieder nehmen digital über einen Webdienst an der Sitzung teil.

- Digital zugeschaltete Ausschussmitglieder können nicht an Abstimmungen teilnehmen, da hierfür nach der geltenden Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses die Präsenz vor Ort erforderlich sei.[1]

Der Vorsitzende genehmigt den anwesenden Medienvertreter/innen die Anfertigung von Bild- und Tonaufnahmen gemäß § 4 Abs. 3 und Abs. 2, S. 2 der Hausordnung des Präsidenten vom 28. Januar 2022. Er stellt das diesbezügliche Einvernehmen des Ausschusses fest.

Punkt 1 der Tagesordnung

Aktuelle Viertelstunde

Gemäß Punkt 4, Abs. 5 der Verfahrensregeln des Ausschusses ruft der Vorsitzende die schriftlich eingereichten Fragen in der Reihenfolge ihres zeitlichen Eingangs auf. Frau Senatorin Prof. Dr. Kreck (SenJustVA) beantwortet diese sowie mündliche Nachfragen (zu den Einzelheiten vgl. Inhaltsprotokoll):

- „Welche Rechtsauffassung vertritt die Senatsverwaltung für Justiz zum verfahrensrechtlichen Umgang mit den aktuellen Klimademonstrant*innen im öffentlichen Straßenland und auf Bundesautobahnen?“ (Die Linke)

- „Wo werden nach den Vorstellungen des Senats die Richter, Richterinnen, Staatsanwälte, Staatsanwältinnen und die sonstigen Bediensteten des Justizcampus Moabit ihre PKWs parken, wenn das bisher auf dem Justizcampus vorhandene Parkhaus vollständig abgerissen wird?“ (CDU)

- „Wie bewertet die Justizsenatorin den baulichen Zustand der Justizvollzugsanstalt Moabit unter Berücksichtigung des Alters, der Nutzbarkeit sämtlicher Haftplätze und deren Ertüchtigung im Sinne zeitgenössischer Verwahrung?“ (FDP)

- „Wie viele Fälle von Racial Profiling durch staatliche Institutionen sind der LADG-Ombudsstelle bislang angezeigt worden und wie bewertet der Senat den Umgang mit bekanntgewordenen Fällen von Racial Profiling?“ (Bündnis 90/Die Grünen)

- „Wie viele Verfahren der ‚Ermittlungsgruppe Asphalt‘ der Polizei Berlin sind bis zum Ablauf des 22.02.2022 bei der Staatsanwaltschaft Berlin eingegangen und wie ist dort das weitere Verfahren bzw. welche Maßnahmen wurden dort bereits eingeleitet?“ (SPD)

Die AfD-Fraktion verzichtet darauf, eine mündliche Frage zu stellen.

Frau Senatorin Prof. Dr. Kreck (SenJustVA) sagt zu, folgende mündliche Fragen im Nachgang schriftlich zu beantworten und dem Ausschuss zu übermitteln:

[1] Nach § 26 Abs. 1, S. 4 GO Abghs können Abstimmungen nur im Falle einer außergewöhnlichen Notlage nach Art. 43 Abs. 3 und 4 VvB mit Hilfe von Videokonferenztechnik durchgeführt werden. Ein derartiger Beschluss nach Art. 43 Abs. 4 VvB liegt nicht vor.

„Wie viele von den 670 Stellplätzen sind aktuell in Benutzung?“ (Nachfrage des Herrn Abg. Herrmann, CDU-Fraktion)

„Wie viele Haftplätze sind es im Verhältnis? Wird die Zahl der geplanten 314 Plätze unter Berücksichtigung der aktuellen und zu erwartenden Kriminalitätsrate für ausreichend erachtet?“ (Nachfragen des Herrn Abg. Krestel, FDP-Fraktion)

Der Vorsitzende schließt den Punkt „Aktuelle Viertelstunde“ ab.

Punkt 2 der Tagesordnung

Antrag der AfD-Fraktion 0012
Drucksache 19/0082 Recht
Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Untersuchungsausschüsse des Abgeordnetenhauses von Berlin (Untersuchungsausschussgesetz – UntAG)

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass dieser Punkt in der 2. Sitzung am 9. Februar 2022 aus zeitlichen Gründen vertagt wurde.

Herr Abg. Vallendar (AfD) begründet den Besprechungsbedarf.

Im Anschluss an die Beratung beschließt der Ausschuss, dem Plenum zu empfehlen, den Antrag – Drucksache 19/0082 – mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen, CDU, Die Linke und FDP gegen die Stimme der AfD-Fraktion abzulehnen.

Es ergeht eine entsprechende Beschlussempfehlung an das Plenum.

Punkt 3 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs 0013
Stand der EncroChat-Verfahren Recht
(auf Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke)

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass die Beratung zu diesem Punkt in der 2. Sitzung am 9. Februar 2022 aus zeitlichen Gründen vertagt wurde.

Frau Generalstaatsanwältin Koppers sowie zwei Repräsentanten des Landeskriminalamts Berlin: der stellvertretende Leiter, Herr Redlich (SenInnDS / Polizei Berlin) und der Leiter der Abteilung 4 mit dem Zuständigkeitsbereich Organisierte Kriminalität, Herr Malinowski (SenInnDS / Polizei Berlin), sind anwesend.

Die Antrag stellenden Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke haben den Besprechungsbedarf bereits in der 2. Sitzung am 9. Februar 2022 begründet.

Im Anschluss an die Beratung, in deren Rahmen Frau Senatorin Prof. Dr. Kreck (SenJustVA), Frau Generalstaatsanwältin Koppers und Herr Redlich (SenInnDS / Polizei Berlin) Stellung nehmen, schließt der Ausschuss die Besprechung ab.

Punkt 4 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs **Aktuelle Corona-Lage im Berliner Strafvollzug** (auf Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke)	0017 Recht

Frau Gerlach (SenJustVA, Leiterin der Abteilung III) ist anwesend.

Frau Abg. Dr. Vandrey (GRÜNE) begründet den Besprechungsbedarf für die Antrag stellenden Koalitionsfraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke.

Im Rahmen der Beratung erläutert Frau Gerlach (SenJustVA) die aktuelle Corona-Lage im Strafvollzug anhand einer Power-Point-Präsentation.

Um 16.00 Uhr unterbricht der Vorsitzende die Sitzung für 15 Minuten, damit der Sitzungssaal gemäß des Pandemie bedingten Raumkonzepts gelüftet werden kann.

Im Rahmen der Beratung nimmt Frau Senatorin Prof. Dr. Kreck (SenJustVA) Stellung.

Im Anschluss an die Beratung schließt der Ausschuss den Besprechungspunkt ab.

Punkt 5 der Tagesordnung

Verschiedenes

Der Vorsitzende bittet die Sprecherinnen und Sprecher, zu einer Sprecher/innenrunde im Anschluss an die Sitzung zusammen zu kommen.

Die nächste 4. Sitzung findet am 9. März 2022 um 14.00 Uhr im Raum 376 statt.

Der Vorsitzende	Der Schriftführer
Sebastian Schlüsselburg (stellv. Vorsitzender)	Orkan Özdemir